

Neueste Zeitung

1919 Nr. 421

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 212

Bezugspreis: für Halle und Dörten monatlich Mk. 1,50, vierteljährlich Mk. 4,50 von Saxe. Durch die Post monatlich Mk. 1,65, vierteljährlich Mk. 4,95 außer Postgeb.

Morgen-Ausgabe

Donnerstag, 28. August

Anzeigenpreis:

Die 7sp. 30 mm breite Anzeigen 30 Pf., die 5sp. 30 mm breite Anzeigen 20 Pf., die 3sp. 30 mm breite Anzeigen 15 Pf., die 2sp. 30 mm breite Anzeigen 10 Pf. — Verlags- und Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

Neueste Tagesnachrichten

* Die Lebensmittelverhandlungen zwischen Bayern und Italien kommen in den nächsten Tagen zu einem Abschluss.

* Der Minister des Innern hat das Beflaggen der öffentlichen Gebäude am Gebärtage verboten.

* Unter den deutschen Metallarbeitern möchten sich neue Forderungen und damit neue Streikgeleite bemerkbar.

* Zur Senkung der Lebensmittelpreise sollen noch einmal 50 Millionen angeworben werden.

* Der Geschäftsführende Ausschuss der Deutschen Reichspartei bekennt sich einmütig zu der Auffassung, daß Hindenburg der zukünftige Reichspräsident werden müsse.

* Das neue Verordnungsblatt veröffentlicht die Uebertragung des Oberbefehls über die gesamte Reichswehr an den Reichspräsidenten Hindenburg.

* In Ungarn herrscht noch immer das Robinnett System.

Oberschlesien

Eine ernste Mahnung an die Regierung

Der Reichsverband Oberschlesien der deutschnationalen Arbeiter hat an den Ministerpräsidenten Bauer folgende Eingabe geschickt:

Herr Ministerpräsident! Ihnen gerichte ich am 19. dieses Monats in der Nationalversammlung, zuerst als Oberschlesier in Klammern, dann, zur Freude, schließlich als Pole, die polnische Truppen sich nicht scheitelt haben. Wir Oberschlesier können die notwendigen Feststellungen seitens der zuständigen militärischen Stellen abwarten. Uns würde es vielmehr zur Freude gereichen, wenn die deutsche Regierung endlich mitteilen würde, daß von der polnischen Regierung die Zustimmung unserer Verfassungsorganen, der Reichsversammlung, zu den notwendigen Feststellungen seitens der zuständigen militärischen Stellen abwarten. Uns würde es vielmehr zur Freude gereichen, wenn die deutsche Regierung endlich mitteilen würde, daß von der polnischen Regierung die Zustimmung unserer Verfassungsorganen, der Reichsversammlung, zu den notwendigen Feststellungen seitens der zuständigen militärischen Stellen abwarten. Uns würde es vielmehr zur Freude gereichen, wenn die deutsche Regierung endlich mitteilen würde, daß von der polnischen Regierung die Zustimmung unserer Verfassungsorganen, der Reichsversammlung, zu den notwendigen Feststellungen seitens der zuständigen militärischen Stellen abwarten.

Dazu bemerkt das M. L. B.: Soweit die Reutermeldung von einer Stellungnahme der deutschen Regierung oder ihrer Vertreter spricht, ist sie vom ersten bis letzten Worte falsch. Die deutsche Regierung hat weder ausdrücklich noch andeutungsweise irgend eines ihrer Souveränitätsrechte über Oberschlesien bestätigt und denkt auch nicht an einen solchen Verzicht. Dies gilt vor allem von der vorzeitigen Befreiung Oberschlesiens durch die Entente. Im übrigen ist festzustellen, daß die Reuter-Meldung durch die Erwähnung der Dinge in Oberschlesien nach der Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung vollkommen überholt ist.

Italienische Lebensmittel für Bayern

(Von unserem bayer. Sonderberichterstatter.)
München, 27. August.
Die bereits seit Wochen im Gange befindlichen Verhandlungen zwischen Bayern und Italien wegen Lieferungen von Lebensmitteln sind nunmehr vor dem Abschluss zu stehen. Die italienische Mission in Berlin, die jetzt mitteilt, daß sich die italienische Regierung geneigt zeigt, den bayerischen Wünschen in weitestem Rahmen entgegenzukommen. Dieser Schritt hat das laute und ausdauernde Rufen und das Ministerium für Handel und Industrie anfordern, Verträge zu unterzeichnen, die der Ein- und Ausfuhr zwischen Bayern und Italien den Weg frei machen, selbstverständlich im Einvernehmen mit dem Reich.

Kein Sedantag mehr

Der preussische Minister des Innern hat die Angelegenheit der preussischen Ministerpräsidenten und Regierungspräsidenten folgenden Inhalt:

Die früher geltende Verfügung, daß an dem Gedächtnistage der Schlacht auf Sedan die öffentlichen Gebäude besetzt werden sollten, entspricht nicht mehr den Verhältnissen. Unser Volk ist in dieser Zeit des tiefsten Unglücks nicht durch eine demonstrative Genußnahme an früheren Siegen bestärkt werden sollte, auf ein festes Denken und Streben der neuen Zukunft gerichtet sein muß. Das Aufziehen der Flagge auf den öffentlichen Gebäuden würde Stoff zu Konjunktural- und Mißverständnissen in der Bevölkerung geben. Welche Freude werden denn die Demonstrationen für den besiegten Volkswegweiser werden, das auf ein festes Denken und Streben der neuen Zukunft gerichtet sein muß. Das Aufziehen der Flagge auf den öffentlichen Gebäuden würde Stoff zu Konjunktural- und Mißverständnissen in der Bevölkerung geben. Welche Freude werden denn die Demonstrationen für den besiegten Volkswegweiser werden, das auf ein festes Denken und Streben der neuen Zukunft gerichtet sein muß.

Die Krise in U g a r n

Ungarn, 27. August.
Das ungarische Fort-Schicksal bereitet folgende Meldung: Aus allen Teilen des Landes kommen Leute massenhaft nach Budapest, um ihre volle Solidarität mit der Politik des Ministerpräsidenten zum Ausdruck zu bringen. Die Kundgebungen sind durchsichtig, das Schicksal des ungarischen Ministerpräsidenten ist den ganzen Tag voll von Deputationen. Heute früh erschienen in der Diener Stellung Vertreter sämtlicher Öffentlichkeitsstellen, Vorkommnisse, zahlreiche Dörfer, Munitivision, Vereine, kirchliche, berufliche Vereine und brüden dem Ministerpräsidenten ihre Anhänglichkeit aus. Mittags kamen die Deputationen zusammen auf den Bank Georg-Platz, um dem Reich ihre volle Anhänglichkeit für die gegenwärtige Politik zu bekunden. Der Ministerpräsident sprach in seiner Antwort die Überzeugung aus, daß eine andere Politik als die, welche er vertritt, hier in Ungarn nicht gemacht werden kann. Der jenseitige Parteistand hat erarbeitet und nur jenseitig zu sein verlangen, der Anker sei und am Wiederaufbau des Landes mit Hilfe. Minister Haller sprach in ähnlichem Sinne zu der Menge, die sodann auf die andere Seite des Platzes zum erregtesten Punkt ging, auf dessen Balken Erzherzog Josef erschienen. Dieser erklärte, daß Ungarn ein feines Erbe wieder erlangen lie. Die Arbeit und der christliche Geist, sowie die Tugenden der ungarischen Nation würden es wieder aufrichten und zum Emporblühen verhelfen. Das unablässige Kommen und Gehen der Deputationen besiegelte augenscheinlich die Lage der Regierung.

Kein Sedantag mehr

Der preussische Minister des Innern hat die Angelegenheit der preussischen Ministerpräsidenten und Regierungspräsidenten folgenden Inhalt:

Die früher geltende Verfügung, daß an dem Gedächtnistage der Schlacht auf Sedan die öffentlichen Gebäude besetzt werden sollten, entspricht nicht mehr den Verhältnissen. Unser Volk ist in dieser Zeit des tiefsten Unglücks nicht durch eine demonstrative Genußnahme an früheren Siegen bestärkt werden sollte, auf ein festes Denken und Streben der neuen Zukunft gerichtet sein muß. Das Aufziehen der Flagge auf den öffentlichen Gebäuden würde Stoff zu Konjunktural- und Mißverständnissen in der Bevölkerung geben. Welche Freude werden denn die Demonstrationen für den besiegten Volkswegweiser werden, das auf ein festes Denken und Streben der neuen Zukunft gerichtet sein muß.

Die dänische Agitation in Nordfriesland

Der Reichsverband dänischer Agitatoren hat folgende Mitteilung gemacht:

Die dänische Agitation in Nordfriesland hat sich in den letzten Tagen sehr lebhaft entwickelt. Die dänischen Agitatoren haben in den letzten Tagen sehr lebhaft entwickelt. Die dänischen Agitatoren haben in den letzten Tagen sehr lebhaft entwickelt. Die dänischen Agitatoren haben in den letzten Tagen sehr lebhaft entwickelt.

Das Ligenispiel um Oberschlesien

Einem von der Reichsversammlung in der Frage der Rommision für Schlesien an General Damm gebundenen, Antragsentwurf enthaltenen Telegramm wird die Ansicht ausgedrückt, daß das einzige Mittel, um die Ruhe wiederherzustellen, und die Lebensenergie in Oberschlesien zu vermehren, die Befreiung durch die Alliierten sei. Es wird nicht erwartet, daß die deutsche Regierung auf ihrem Rechte, ihre Einwilligung dazu zu verweigern, bestehen werde. Zusätzlich war bereits von der deutschen Delegation in Versailles inoffiziell der Vorschlag gemacht worden, die Alliierten mögen die sofortige Befreiung Oberschlesiens in die Wege leiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt



